

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion

SPD
Stadtratsfraktion

FDP
Stadtratsfraktion

Mainz, 26.05.2020

Antrag 0946/2020 zur Sitzung Stadtrat am **03.06.2020**

Runder Tisch Ausbildung der Stadt Mainz zusammen mit der Agentur für Arbeit, der IHK, der Handwerkskammer, dem DGB sowie der Berufsbildenden Schulen (Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP)

Kleine und mittelgroße Unternehmen leisten einen hohen Anteil an der dualen Ausbildung in Mainz. Viele Betriebe waren und sind während der Corona Krise entweder durch Schließungen im Zuge des Lockdowns oder durch sinkende Nachfrage im In- und Ausland betroffen.

Die Situation bewirkt Unsicherheit darüber, wie es in der Zukunft weiter geht, auch, weil nicht absehbar ist, wie lange die Ausnahmesituation anhält. Bundes- und Landesprogramme (in Form von Zuschüssen, Krediten oder Steuersenkungen), ergänzt durch Mittel und Maßnahmen aus dem Hilfsfonds „Mainz hilft sofort“, helfen den Unternehmen die Krisenzeit zu überbrücken.

Dennoch sehen wir die Gefahr, dass das Coronakrisenjahr auch zu einem Jahr mit rückgängiger Ausbildungsquote werden kann:

- Die Ungewissheit über die Zukunft führt in einigen Betrieben zu Zurückhaltung bei der Einstellung von Auszubildenden. Neben der finanziellen Ungewissheit stellen sich Betriebe auch die Frage, ob sie eine qualitativ anspruchsvolle Ausbildung überhaupt gewährleisten können, wenn es immer wieder zu vorübergehenden Schließungen der Betriebe oder der Schulen kommen kann.
- Sollten Betriebe die Krise nicht überstehen, kann dies zu vermehrten Ausbildungsabbrüchen führen, wenn kein geeigneter Nachfolgebetrieb gefunden werden kann.
- Auszubildende, die in diesem Jahr ihre Ausbildung beenden, haben schlechtere Chancen von ihrem Ausbildungsbetrieb übernommen zu werden, wenn dieser durch die Krise betroffen ist.
- Schülerinnen und Schüler der Abgangsklassen waren nicht nur dadurch benachteiligt, dass sie in den letzten Wochen des Schuljahres keinen Präsenzunterricht mehr hatten. Auch Betriebspraktika oder sonstige „Matchingveranstaltungen“, die Jugendliche mit Betrieben zusammen bringen, konnten nicht mehr stattfinden. Wie lange auf Praktika etc. verzichtet werden muss, ist unklar, da sie als schulische Veranstaltungen auch den Hygieneregeln der Schulen unterliegen und diese nicht in jedem Betrieb umsetzbar sind. In Wirtschaftsbereichen oder Unternehmen, in denen verstärkt im „Homeoffice“ gearbeitet wird, fallen künftig (nicht nur während der Coronakrise) Praktikumsplätze weg.

Um diese und andere Nachteile für die Auszubildenden sowie für die nachkommenden Generationen an Auszubildenden möglichst gering zu halten bzw. sogar ganz zu verhindern, richtet die Stadt Mainz einen Runden Tisch „Ausbildung“ zusammen Vertreterinnen und Vertreter der Unternehmen (IHK), der Handwerksbetriebe (HWK), der Gewerkschaften (DGB) und der Agentur für Arbeit ein. Die Zielsetzung dieses Runden Tisches ist insbesondere, die Ausbildungsquote auch während der Coronakrise hochzuhalten, um biographische Brüche bei jungen Menschen zu verhindern und Fachkräfte auch während der Krise für die Zukunft zu sichern.

Natürlich sind nicht alle Fragestellungen auf kommunaler Ebene lösbar. Die kommunale Ebene bietet aber die Möglichkeit, alle Akteure zusammen zu holen, umsetzbare Ideen zu entwickeln und die, die nicht selbst angegangen werden können, an die höheren Ebenen (Land und Bund) weiterzugeben.

Der Stadtrat möge beschließen:

Unter der Schirmherrschaft der Stadt Mainz schließen sich am Runden Tisch „Ausbildung“ die Vertreterinnen und Vertreter der Ausbildungsbetriebe (IHK und HWK), der Gewerkschaften (DGB) und der Agentur für Arbeit und der Berufsbildenden Schulen zusammen. Grundlage hierfür sollen die entsprechenden Daten zur Ausbildungssituation sein, die im August vorliegen sollen.

Sie beraten dabei, wie

- Wie der aktuelle Stand für betriebliche, überbetriebliche und vollschulische Ausbildung und schulische Ausbildungsvorbereitung ist. Analyse über Bedarf und Bestand.
- Unternehmen unterstützt werden können, wenn sie aktuell unsicher sind, ob sie ausbilden sollen oder nicht.
- Fördermittel so genutzt werden können, dass Anreize geschaffen werden, auszubilden, bzw. fertig Ausgebildete vom Unternehmen übernommen werden.
- Netzwerke dafür sorgen können, dass Auszubildende, die ihre Ausbildung im eigenen Betrieb nicht fortsetzen können, durch andere Betriebe aufgefangen werden (das funktioniert auch außerhalb von Krisenzeiten, wird jetzt aber evtl. verstärkt nachgefragt).
- In Zeiten von Abstandsregelungen, Verbot von Großveranstaltungen und nicht stattfindender Betriebspraktika trotzdem Jugendliche und Betriebe zusammenfinden können.
- Größere, bzw. krisenunabhängigere Unternehmen und der öffentliche Dienst vorübergehend wieder über Bedarf ausbilden um einen Fachkräftemangel für die Zukunft zu verhindern.
- Berufliche Schulen und Unternehmen ein Ausbildungskonzept entwickeln können, dass eine qualitätsvolle Ausbildung auch dann sichert, wenn es erneuten Einschränkungen kommt (digitale Lernanteile erhöhen etc.).

Sylvia Köbler-Gross
Fraktionssprecherin
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Mainzer Stadtrat

Alexandra Gill-Gers
Fraktionssvorsitzende
SPD-Stadtratsfraktion

David Dietz
Fraktionsvorsitzender
FDP-Stadtratsfraktion

f.d.R.

Caroline Blume

Fraktionsgeschäftsführung

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

f.d.R.

Sascha A. Fricke

Fraktionsgeschäftsführung

SPD-Stadtratsfraktion

f.d.R.

Hermann Wiest

Fraktionsgeschäftsführung

FDP-Stadtratsfraktion